

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVIII/7

Bonn, den 10. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Fragezeichen de Gaulle</u> Bemerkungen zur nächsten Paris-Reise des Bundeskanzlers Von G. Markscheffel	100
3	<u>Ressortkrieg anstatt Wissenschaftsförderung ?</u> Eine gute Idee im Strudel der permanenten Koalitionskrise Von Professor Karl Bechert, MdB	47
4	<u>Lehrermangel</u> Ein Problem, das schnell gelöst werden muß	49
5 - 6	<u>Titos und Chruschtschows "Urlaubsversöhnung"</u> Die Unklarheit dauert noch an Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	62
6	<u>Warum so zaghaft und ungenau ?</u> 1953 verfolgte Künstler und das Fernsehen	23

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Fragezeichen de Gaulle

Bemerkungen zur nächsten Paris-Reise des Bundeskanzlers

Von G. Markscheffel

Es ist durchaus möglich, dass in den kommenden 14 Tagen die Frage entschieden wird, ob das freie Europa die innere Kraft aufbringt, gemeinsam und als gleichberechtigter Partner der USA zu dem grossen geistigen Konkurrenzkampf mit dem Totalitarismus des Ostens antreten zu können, oder ob es weiterhin in einer unbefriedigenden Zwischenposition verbleiben will. Theoretisch sind alle Voraussetzungen für die Gemeinschaft in freiem Europa und für die Partnerschaft mit den USA gegeben. Wir haben die EWG, die prinzipielle Bereitschaft Grossbritanniens, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten zu wollen, sowie Assoziierungsverhandlungen mit einigen europäischen Staaten ausserhalb der EWG. Darüber hinaus ist ein grosser Teil des freien Europas im atlantischen Verteidigungsbündnis verankert, das, unter Führung der Vereinigten Staaten, die militärische Rückendeckung für die unter Umständen notwendig werdende Zurückweisung eines Angriffs aus dem Osten bietet. Und schliesslich verbindet die Staaten des freien Europa mit den USA das grosse geistige Erbe der freiheitlich-humanistischen Gesinnung, die uns berechtigt und verpflichtet, totalitäre Weltmachtsansprüche abzuweisen.

\* \* \*

In dieser Situation ist und bleibt - bis auf Widerruf - ein grosser Franzose, der Staatspräsident Charles de Gaulle, ein Fragezeichen. Ohne Frankreich und dessen vorbehaltlose Zustimmung zur Gemeinschaft der Freiheit wird es keine in sich geschlossene und gemeinsam auf allen Gebieten seines Existenzkampfes wirkendes freies Europa geben. Auch die von Präsident Kennedy angebotene Partnerschaft zwischen einem freiem Europa und den USA wäre ohne die vorbehaltlose Zustimmung Frankreichs nicht denkbar.

Nun weiss alle Welt, dass de Gaulle nicht nur eigerwillig ist, nicht nur stolz und unter Umständen sogar unnahbar, sondern auch in seinem nationalen Denken gleichermaßen begrenzt und von dem Glauben erfüllt, ein Frankreich unter seiner Führung mit einer modernen Armee könnte - bei aller Freundschaft zu den USA - eine besondere Rolle in der Auseinandersetzung mit dem Osten spielen.

Als Chruschtschow im Februar 1960 zu seinem Staatsbesuch in Frankreich weilte, ging dort das Wort von einem de Gaulle um, der "mit Chruschtschow als Europäer reden" wollte. Der französische Staatspräsident glaubte damals und glaubt es auch heute noch, nur er könne Chruschtschow davon überzeugen, dass es für die Sowjetunion besser sei, mit dem westlichen Europa in Frieden zu leben, um sich in Ruhe und kraftvoll mit dem Peking eines Mao Tse-tung auseinandersetzen zu können. Dass es 1960 nicht zum Gespräch des Europäers de Gaulle mit dem Europäer Chruschtschow kam, lag nicht am französischen Staatspräsidenten. Wahrscheinlich war die Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau damals noch nicht so weit gediehen, dass Chruschtschow die These de Gaulles für richtig halten konnte. Ausserdem wollte de Gaulle, um das entscheidende Gespräch mit Chruschtschow beginnen zu können, erst den Algerienkrieg liquidieren, der Frankreich jährlich an die zwölf Milliarden DM kostete und nicht nur das wirtschaftliche Potential, sondern auch seine militärische Kraft weitgehend einschränkte.

\* \* \*

Nachdem der Algerienkrieg beendet ist, und de Gaulle sich der Zustimmung eines grossen Teils der französischen Bevölkerung zu seiner Politik sicher glaubt, geht er zielbewusst an die Modernisierung der französischen Armee heran, was für ihn gleichbedeutend mit der eigenen französischen Atomwaffe ist. Der im militärischen Denken geschulte französische Staatspräsident glaubt, auf diese Weise gleichermaßen Chruschtschow und Kennedy beeindrucken zu können.

Die französischen Kommunisten, die auch bei der letzten Wahl immerhin rund vier Millionen Stimmen (rund 22 Prozent der Gesamtstimmzahl) erhielten und die innenpolitisch selbstverständlich als Gegner de Gaulles auftreten, verhalten sich in allen aussen- und militärpolitischen Fragen merkwürdig still. Sie wissen warum: Koskau rechnet damit, dass durch die eigenwillige Haltung des französischen Staatspräsidenten in den militär- und aussenpolitischen Fragen im Effekt eine Schwächung des freien Westens zu erwarten sein könnte.

\* \* \*

Man hat Staatspräsident de Gaulle ankündigen lassen, er werde am kommenden Montag "zu allen schwebenden Fragen" in einer Pressekonferenz Stellung nehmen. Gebannt blickt daher die ganze freie Welt nach Paris, denn am Montagabend wird man wissen, ob de Gaulle die in seiner Neujahrsbotschaft an das französische Volk bereits angekündigten Grundthesen seiner Politik wiederholen wird. In dieser Botschaft hatte der französische Staatspräsident zwar seine Zustimmung zur Aufnahme Grossbritanniens in die EWG erklärt, aber mit der ausdrücklichen Bemerkung, dass sich England keine Vorbehalte und "endgültig" die nicht zuletzt von de Gaulle stark beeinflusste kontinental-europäische Politik zu eigen machen müsse. Er hat in dieser Neujahrsbotschaft nicht von der Partnerschaft des freien Europa mit den USA gesprochen, sondern von dem Gleichgewicht zwischen den USA und Europa hergestellt werden müsse. Und schliesslich hat de Gaulle von der Organisation "des Friedens und des Lebens unseres ganzen Kontinents" gesprochen, der nach seinen Vorstellungen vom Atlantik bis zum Ural reichen soll.

Nach der in diesen Tagen erfolgten Ankündigung der Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten ist damit zu rechnen, dass nunmehr auch die militärischen Vorstellungen unter Berücksichtigung des amerikanischen Angebotes zur Lieferung von Polaris-Raketen an europäische NATO-Verbündete eine Rolle spielen werden. Die Auffassung de Gaulles zu diesem Fragenkomplex ist ziemlich klar. Er lehnt das Polaris-Angebot Kennedys zwar nicht rundweg ab, besteht aber darauf, die nationale französische Atombehaftung weiter voranzutreiben.

\* \* \*

Wenn nicht alles täuscht, stellt sich de Gaulle vor, er werde von Bundeskanzler Adenauer bei dessen nächstem Paris-Besuch am 21. Januar die grundsätzliche Zustimmung zu dieser Haltung bekommen, wobei er allerdings vermeiden möchte, sein Konzept als ausschliesslich "französisches" bezeichnen zu lassen, sondern vorziehen würde, ihm den Titel "europäisch" zu geben.

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat zugesagt, er werde vor seiner Abreise nach Paris die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien empfangen, um diese von seinen Vorstellungen, die er bei de Gaulle zu vertreten gedenkt, zu unterrichten. Der Bundeskanzler, dem - wie wohl allen Deutschen - sehr viel an einem guten deutsch-französischen Verhältnis gelegen ist, wird nach Kenntnisnahme der de Gaulle'schen Absichten sehr darauf zu achten haben, dass die Bundesrepublik sich nicht zwischen die Stühle einer eigenen französischen Europapolitik und einer notwendigen Weltkonzeption der freien Welt setzt.

\* \* \*

## Ressortkrieg anstatt Wissenschaftsförderung?

Eine gute Idee im Strudel der permanenten Koalitionskrise

Von Professor Karl Bechert, MdB

"Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik" - so steht es auf dem Papier. Der Bundeskanzler müsste also auch dafür sorgen, dass die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den Bundesministerien eindeutig geregelt wird. In Wirklichkeit scheint Dr. Adenauer aber damit zu rechnen, dass sich die Verteilung der Zuständigkeit durch politischen Ringkampf zwischen den Ministerien von selbst regeln wird. So war es mit der Zuständigkeit für die Wasserwirtschaft beim Atomministerium, wo Minister Balke bei dem Versuch, die katastrophale, gesundheitsgefährdende Verschmutzung unserer Wasserstrassen einzudämmen, das Bleigewicht der unklaren Zuständigkeitsverteilung zu spüren bekam. Jetzt hat das Bundesgesundheitsministerium diese Erbschaft angetreten, um die es nicht zu beneiden ist.

In der neuen Bundesregierung gibt es ein Ministerium für wissenschaftliche Forschung. Damit ist einer oft vorgetragenen Forderung der SPD nach einem Ministerium für Wissenschaft und Forschung entsprochen worden - auf dem Papier. Es wäre nun selbstverständlich - sollte man meinen -, dass dem neuen Ministerium von anderen Ministerien das an Aufgaben überlassen wird, was zu Wissenschaft und Forschung gehört. Aber schon hat Innenminister Höcherl lautstark und mehrmals öffentlich erklärt, er denke nicht daran, die Abteilungen seines Ministeriums herauszurücken, die mit Wissenschaft und Forschung zu tun haben. Er wolle nicht das Opfer jeder neuen Koalitionsvereinbarung sein. Der Innenminister glaubt offenbar, der Wissenschaft und Forschung dadurch am besten dienen zu können, dass er dafür sorgt, dass sich Bundesministerien um Zuständigkeiten raufen, anstatt Arbeit und Zeit für die Förderung von Wissenschaft und Forschung aufzuwenden.

Welch ein Wahnwitz angesichts der Lage unserer Wissenschaft und Forschung! Muss man denn immer wieder darauf hinweisen, dass Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik auf vielen Gebieten in Gefahr sind, unterentwickelte Gebiete zu werden? Muss immer wieder gesagt werden, dass unsere wirtschaftliche Zukunftsentwicklung auf Gedeih und Verderb von der heutigen Förderung von Wissenschaft und Forschung abhängt?

Das Atomministerium war bisher das einzige Ministerium, das mit der Förderung von Wissenschaft und Forschung unmittelbar zu tun hatte und zugleich mit den damit untrennbar verbundenen Fragen wirtschaftlicher Planung eine Verbindung, die bei der Entwicklung der Reaktortechnik augenfällig ist, aber für den Kenner heutiger wissenschaftlicher und technischer Entwicklung auch auf vielen anderen Gebieten der Wissenschaft deutlich sichtbar ist. Es war sinnvoll, diesem Ministerium die grössere Aufgabe der Förderung von Wissenschaft und Forschung zu geben. Die Wissenschaft, und nicht nur sie, das deutsche Volk hat das Recht zu verlangen, dass die Förderung von Wissenschaft und Forschung nicht mit einem Ministerstreit belastet wird, damit nicht noch mehr Zeit verloren wird mit politischem Kleinkram, sondern dass endlich der deutschen Wissenschaft vom Bund her die Förderung zuteil wird, die sie dringend braucht, im Interesse der Zukunft unseres Volkes.

### Lehrermangel

kn. - Die Kultusminister der Bundesländer haben sich vorgenommen, bis zum April einen Plan zur Beseitigung des Volksschullehrermangels in der Bundesrepublik vorzulegen. Erhebliche Debatten in den Länderparlamenten dürften zu dieser Frage bevorstehen, denn geburtenstarke Jahrgänge sollen einrücken, aber zugleich werden sehr viel Volksschullehrer aus Altersgründen ausscheiden. Schon heute dürfte klar sein, daß die bestehenden Pädagogischen Akademien und Hochschulen in der Bundesrepublik nicht in der Lage sein werden, dem immer größer werdenden Lehrermangel abzuhelpfen.

In Fachkreisen werden folgende Ziele angestrebt: In der Bundesrepublik sollte jede Volksschulklasse einen Lehrer besitzen und es sollten genügend Lehrkräfte vorhanden sein, die dann einspringen, wenn es Ausfälle wegen Teilnahme an Lehrgängen oder wegen Krankheit gibt. Für jede Schulklasse sollte auch der eigene Klassenraum vorhanden sein, auch auf das Risiko hin, daß später wieder die Zahl der Volksschüler abnimmt; dann käme ohnehin das Problem der weiteren Senkung der Klassenfrequenzen. Überall im Bundesgebiet sollte die neunjährige Volksschulpflicht eingeführt und teilweise die zehnjährige ins Auge gefaßt werden. Dabei müßte trotz allem schon jetzt an eine Senkung der Klassenfrequenz auf mindestens dreissig Schüler hingearbeitet werden, denn auch dabei läge die Bundesrepublik noch hinter den USA (29), England (29), Österreich (28), Kanada (27), Italien (26) und Schweden (24).

Es muß rasch gehandelt werden. Schon hat der "Ettlinger Kreis" eine aufsehenerregende Tabelle vorgelegt, aus der die schnelle Zunahme des Volksschullehrermangels bis 1970 entnommen werden kann. Bei Allergemeingeltung des neunten Schuljahres und einer Klassenfrequenz von 30 bis 33 Schülern wird sich die Zahl der fehlenden Volksschullehrer von heute 36 600 auf 83 890 bis zum Jahre 1970 erhöhen, weil geburtenstarke Jahrgänge kommen und mehr alte Lehrer abgehen, als die Akademien heranzüchten können. Diese beiden Zahlen sind Alarmzahlen, die zu den größten Anstrengungen auffordern. Nur in Hamburg und Westberlin wird es 1970 keinen Fehlbestand geben und in Bremen wird er sehr geringfügig sein.

Was ist nun zu tun? Natürlich sind Notbehelfe wegen der entstandenen Verhältnisse notwendig. Man wird für pensionsreife Lehrer den Dienst verlängern und Hausfrauen nach Schnellkursen heranziehen müssen. Eine bessere Überstundenbezahlung wird notwendig sein; am günstigsten erscheint bei alledem, Mittelschüler über das Spezialabitur in die Lehrerbildungsanstalten hineinzuschleusen. Das alles sind jedoch nur Notbehelfe.

Man wird einfach nicht umhin können, sofort die Kapazitäten der Lehrerbildungsanstalten zu erhöhen und das alles mit einer universitätsgleichen Ausbildung zu verbinden. Das Ansehen und der Stand des Lehrers in der Gesellschaft müssen gehoben werden; ihr Beruf muß wieder attraktiv werden. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Verdienst- und Besoldungsskala werden auch die Landesfinanzminister tief in die Tasche greifen müssen und möglicherweise wird der Bund einspringen müssen, um eine erhöhte Besoldung für die Volksschullehrer zu ermöglichen.

## Titos und Chruschtschows "Urlaubsversöhnung"

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nachdem schon bei der Rückkehr des jugoslawischen Staatspräsidenten und Parteichefs Tito der private Urlaubscharakter seines dreiwöchigen Aufenthalts in der Sowjetunion aufgegeben worden war, überraschte es nicht mehr, daß Tito auch offiziell seine Mitarbeiter über die in der Sowjetunion geführten "Urlaubsgespräche" mit dem Kremlchef Chruschtschow informierte. Beachtenswert könnte in diesem Zusammenhang höchstens die Tatsache gewesen sein, daß Tito vor dem Politbüro der Partei und nicht vor der Regierung oder gar dem Parlament Bericht erstattete. Dies ist nur ein zusätzlicher Beweis, daß Titos "Urlaub" hauptsächlich Gesprächen über die immer noch ungeklärten Parteibeziehungen gegolten hat. Und da die an Chruschtschow ergangene und von diesem "mit Zufriedenheit" angenommene Einladung, demnächst seinen "Urlaub" in Jugoslawien zu verbringen, an ihn in seiner Eigenschaft als 1. Parteisekretär der KPdSU gerichtet war, muß man schlussfolgern, daß eben diese Parteigespräche bei dieser Gelegenheit fortgesetzt werden sollen.

Hierfür bestehen offensichtlich auch noch die größten objektiven Notwendigkeiten. Im zwischenstaatlichen Bereich gibt es zwischen Moskau und Belgrad nur noch wenige ungelöste Probleme. Die Parteibeziehungen hingegen sind aus der Zeit der Auseinandersetzung über den "modernen Revisionismus" arg belastet. Hatte doch vor gar nicht so langer Zeit die KPdSU und die übrigen kommunistischen Parteien der Welt heftige Kritik an einer ganzen Reihe ideologischer Ansichten des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, wie die kommunistische Partei hier heißt, geübt. Insbesondere wurde die jugoslawische Hinstellung zur Aufgabe des Staates und zur Rolle der Partei getadelt (die befürwortete theoretische Schwächung des Staates bis zu seinem Absterben hin sowie das angekündigte Aufgeben der Partei in der Massenorganisation des Sozialistischen Bundes der Werktätigen Volkes Jugoslawiens), die Überzeugung der Möglichkeit einer evolutionären Entwicklung nichtsozialistischer Länder zum Sozialismus bzw. Kommunismus gerügt, sowie einige allzu liberale wirtschaftspolitische Auffassungen angegriffen.

Da nach wie vor das als "revisionistisch" gezeichnete Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens gültig ist, andererseits Chruschtschow sich in Gegenwart Titos auf die Jugoslawiens Kommunisten schärfsten verurteilende Deklaration der 81 kommunistischen Parteien aus dem Jahre 1960 berufen hat, kann man folgern, daß sich bisher grundsätzlich im ideologischen Bereich nur wenig verändert hat. Tito und Chruschtschow haben in ihren für die Öffentlichkeit bestimmten "Urlaubsreden" das Fortbestehen von gewissen Differenzen wiederholt bestätigt. Direkt genannt wurden sie jedoch von keinem. Im Gegenteil, kann man auf beiden Seiten die Bemühungen nicht übersehen, diese störenden Dinge nicht mehr beim Namen zu nennen.

Daß eine solche Taktik nicht gerade zur ideologischen Begriffsklärung beiträgt, versteht sich am Rande. Das Verhalten Moskaus beweist zudem nur einmal mehr, daß - und dies scheint nicht nur ein Attribut des recht realpolitisch denkenden Chruschtschow zu sein - man dort nach wie vor vor pragmatische Erwägungen über ideologische Prinzipienhaftigkeit stellt. Denn die Argumente, die man jetzt oft von Ostblockdiplomaten zu hören bekommt, gewisse durch objektive Bedingungen bewirkte Ände-

rungen innerhalb Jugoslawiens hätten den Boden für die sowjetisch-jugoslawische Annäherung bereitet, sind nicht sonderlich tiefsehend. Aber vielleicht verfolgen sie ein bestimmtes Ziel; von den Wandlungen abzulenken, deren Eintritt in der Sowjetunion und Osteuropa ein Verständnis für Jugoslawiens bisherige Haltung gefördert hat.

Die wiederholte Versöhnung der beiden Pragmatiker Chruschtschow und Tito dürfte jedoch ohne die definitive Bereinigung der ideologischen Differenzen vor Rückschlägen nie ganz gefeit sein. Das erklärt die Eile, mit der das neue "Urlaubstreifen" zwischen den beiden vereinbart worden ist. Offensichtlich will Chruschtschow das Problem des "Revisionismus" endgültig verdaut haben, bevor er sich in eine offene Diskussion, die zwar hinausgeschoben, aber wohl kaum endgültig vermieden werden kann.

- + +

Warum so zaghaft und ungenau ?

sp - Schon mehrfach ist uns aufgefallen, dass man bei den Nachrichtensendungen des Deutschen Fernsehens unangenehme Tatbestände mit nichtssagenden Redensarten zu überdecken versucht. So wurde am Mittwochabend dieser Woche bei der Nachricht über die in Darmstadt zur Zeit stattfindende Kunstausstellung zur Erinnerung an das zeitgenössische künstlerische Wirken des "Bauhaus Dessau" gesagt, die betreffender Künstler, deren Werke jetzt ausgestellt werden, hätten sich 1933 "zurückgezogen". Die älteren und an Kunstfragen interessierten Fernsehteilnehmer werden wissen, dass die Bezeichnung "zurückgezogen" eine vornehm-sein-sollende Umschreibung des Wortes "verboten" ist. Unter Hitler wurde die Tätigkeit des "Bauhaus Dessau" als "entartete Kunst" bezeichnet. Die Künstler "zogen" sich nicht "zurück", sondern wurden entweder **g e z w u n g e n**, ihre Tätigkeit aufzugeben, mussten in die Emigration gehen oder landeten in einem Konzentrationslager.

Deshalb wäre es besser, wenn das Deutsche Fernsehen in solchen Fällen schlicht und einfach sagen würde, man habe die damaligen Künstler als "volks- und artfremde Elemente" gebrandmarkt und **v e r f o l g t**, sofern sie nicht bereit waren, ihren Frieden mit dem von Hitler diktierten Kunstgeschmack zu machen. Dies zu sagen wäre keine Schande; es würde nur dazu beitragen, das tatsächliche Geschichtsbild zu klären. Ausserdem käme man nicht in den Verdacht, man wolle das Geschehen des Jahres 1933 verniedlichen.

+ + +

Berichtigung:

In der Mittwoch-Ausgabe unseres Pressedienstes haben wir in dem Artikel unseres Wiener Korrespondenten "Gorbachs saurer Wahlsieg" irrtümlich berichtet, die ÖVP habe bei den letzten Wahlen zehn Mandate gewonnen, die SPÖ gleichviel verloren. Richtig muss es heissen: **z w e i** Mandate.

+ + +